

Bremer Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs- und Familienberatung

1. Wo sieht Ihre Partei die Rolle von Erziehungsberatung im Kontext der Hilfen zur Erziehung?

Die Erziehungsberatungsstellen leisten wichtige Arbeit für Familien in angespannten Familiensituationen und sind als fester Bestandteil der Jugendhilfe aus der Hilfe zur Erziehung nicht mehr wegzudenken. Wie zollen Ihnen und Ihren Mitarbeitern unsere Anerkennung und unseren Respekt für die alltägliche Beratungs- und Sorgearbeit. Ihre Unterstützung ist so anspruchsvoll, wie die Problemlagen in den Familien: Eltern-Kind-Konflikte, Trennung und Scheidung, Gewalt, sexueller Missbrauch und Erziehungsunsicherheit, psychische Erkrankungen von Eltern und Kindern, Probleme in Kindergarten und Schule, Medienkonsum u.v.m. All diese Problemlagen erfordern eine hohe Qualifikation in den Beratungsstellen, viel Empathie und vor allem Vertrauen. Wir wertschätzen Ihre Unterstützungsleistungen und wollen diese durch gute politische Rahmenbedingungen auch künftig sichern und weiterentwickeln.

2. Wie kann aus Ihrer Sicht erreicht werden, dass mehr Bremer Familien die Unterstützung durch Erziehungs- und Familienberatung nach §28 in Anspruch nehmen können?

Zuallererst müssen Familien mit Beratungs- und Unterstützungsbedarf wissen, an wen sie sich im Konfliktfall wenden können. Das heißt, dass wir mehr noch über die Leistungen und Angebote der Erziehungsberatungsstellen öffentlich informieren und aufklären müssen. Zudem müssen die Angebote Vertrauen erwecken und dürfen nicht als Bevormundung und Gängelei oder gar als Strafmaßnahme bei Erziehungsproblemen wahrgenommen werden. Dieses Vertrauen kann nur im direkten Kontakt von Mensch zu Mensch aufgebaut werden. Dahingehend sind alle Mitarbeiter der Erziehungsberatung gut zu qualifizieren. Wir wollen Fortbildungen und den Erwerb von Sozialkompetenzen fördern. Zudem sind selbstverständlich haushälterisch auskömmliche Mittel für die bedarfsgerechte Inanspruchnahme aller Hilfen zu sichern. Darauf wird die CDU angesichts steigender Problemlagen ein wachsames Auge haben. Vor allem müssen Angebote zeitnah greifen und akut Probleme lösen können. Wartelisten auf Wochen und Monate müssen aufgelöst und der Vergangenheit angehören. Hierzu braucht es mehr Fachpersonal und weniger Fluktuation durch Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Dies erfordert auch Strukturveränderungen in der Sozialbehörde, die wir angehen werden.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass Beratung kurzfristig und wohnortnah verfügbar ist?

Erziehungsberatungsstellen sind aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages und ihrer Konzeptualisierung gut geeignet, um an der Schnittstelle zwischen sozialräumlicher Arbeit und klassischer Hilfe zur Erziehung Angebote zu entwickeln und durchzuführen und beide Leistungsbereiche miteinander zu verbinden.

Mit den vier Bremer Beratungsstellen (Süd, Mitte/West, Nord, Ost) und den beiden Beratungsstellen in Bremerhaven sind wir regional schon gut aufgestellt. In sozialen Brennpunkten jedoch sind die Wege zur Beratung noch zu lang. Darum werden wir prüfen, ob in diesen Stadtteilen und Quartieren Zweigstellen in direkter Anbindung zu den Familien zu eröffnen sind. Auch sollten in Kindergärten, Schulen, Arztpraxen, Freizeiteinrichtungen, Familienhäusern, Mütterzentren, Begegnungsstätten u.a. mehr noch Flyer und Hinweise auf die kostenfreien, wohnortnahen und schnellen Angebote ausliegen – und auch das entsprechende Fachpersonal in diesen Einrichtungen

darauf geschult sein. Schnittstellen sind wichtig, die Kommunikation von Mensch zu Mensch das Wichtigste.

4. Wie kann aus Ihrer Sicht der Anteil von Vernetzung und Prävention im Angebotsspektrum der Erziehungsberatungsstellen weiter gefördert werden?

Wir schätzen Vernetzung und Prävention in Ihrem Angebotsspektrum schon als sehr gut entwickelt ein. Viele Einrichtungen mit ihren vielfältigen Angeboten stehen im ständigen Austausch. Selbstverständlich wollen wir auf dieser Basis die Kooperationen weiter ausbauen und stärken. Vorstellen können wir uns die Organisation und Moderation öffentlicher Dialoge, Veranstaltungen, Kampagnen und Fachaustausche – aus unserer Sicht immer gern unter Beteiligung der Familien selbst.

5. Wie kann erreicht werden, dass die verschiedenen in der Leistungsbeschreibung genannten Aufgabenbereiche auch in der Praxis angeboten werden können? Im Jahr 2024 wird in Bremen eine große Wissenschaftliche Jahrestagung zur Erziehungsberatung stattfinden, organisiert hauptsächlich von den Mitarbeitenden der Erziehungsberatungsstellen als Mitglieder der LAG.

Die CDU legt großen Wert auf eine Breite von Leistungen; beschriebene Angebote müssen Familien auch vollumfänglich erreichen. Hierbei geht es um nicht weniger als die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, dem wir uns verpflichtet fühlen. Das setzt gute Kenntnis über diverse Angebote auf der einen und ausreichende Personal- und Mittelausstattungen auf der anderen Seite voraus. Diese wollen wir in Regierungsverantwortung sichern. Die anstehende Jahrestagung bietet große Chancen zur Verdeutlichung der wachsenden Problemlagen, zur Präsentation Ihrer Angebote und Dienstleistungen und vor allem zur Spiegelung der Wirkung von Familien- und Erziehungsberatung. Gern wollen wir uns hier durch fachlich politische Impulse als gute Gastgeber einbringen.

6. Wie sieht eine konkrete Unterstützung solch einer prestigeträchtigen Veranstaltungen durch Ihre Partei aus?

Das Amt hat strenge Auflagen für die Nutzung digitaler Anwendungen. Für viele Ratsuchende, gerade junge Menschen, wird der Zugang zu Beratungsangeboten jedoch über Social-Media-Kanäle geschaffen.

Wir werden prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten zur Unterstützung der Veranstaltung bestehen und uns in diesem Rahmen gern auch über Öffentlichkeitsarbeit, auch in Social-Media-Kanälen, beteiligen. Und selbstverständlich wird es eine rege Beteiligung unserer Fachpolitiker an dieser Veranstaltung geben, die dann ihre Erkenntnisse in die neue Fraktion und auch in die Gliederungen der Partei einbringen werden.

7. Wie sind Ihre Ideen für einen zukunftsorientierten Umgang mit niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten?

Wissen über und Zugang zu Beratungsangeboten gestalten sich für Zugehörige verschiedener Gruppen unterschiedliche schwierig.

Einige Ideen wurden bereits in Beantwortung der Frage 3 formuliert. Der niedrigschwellige, unbürokratische, kostenfreie Zugang zu ihren Angeboten ist Voraussetzung für die Nutzung und den Erfolg von Beratung. Mehr noch müssen wir die Informationen auch mehrsprachig anbieten. Und getreu dem Motto: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind groß zu ziehen“ brauchen wir die gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung und die Kooperation aller Akteure auf diesem Feld. Hilfe muss die Familien dort erreichen, wo sie leben und arbeiten. Angesichts der hohen Migrationsquote in Bremen müssen wir auch stärker die kulturellen, religiösen Interessenvertretungen mit ins Boot der Aufklärung über

Beratungs- und Unterstützungsangebote holen. Hier braucht es gesellschaftlich noch viel mehr Multiplikatoren, auch die unterstützen Familien selbst. Nicht zuletzt müssen alle Beratungsstellen und Dienstleistungen barrierefrei zugänglich sein, wofür für uns einsetzen wollen.

8. Welche Ideen hat Ihre Partei konkret, um struktureller Benachteiligung zu begegnen?

Strukturelle Benachteiligungen können nur durch Veränderungen in der Organisation der gesellschaftlichen Organisationen und Prozesse reduziert und aufgehoben werden. Demnach sind zunächst einmal alle diese Organisationen und Prozesse auf Ungleichbehandlungen von Einzelnen und Gruppen abzuklopfen. Wir werden dies im Falle der Regierungsverantwortung tun. Insbesondere wollen wir alle Maßnahmen in der Sozial- und Arbeitsmarktförderung auf den Prüfstand stellen und evaluieren. Uns interessiert, welche Unterstützung tatsächlich über Mitteleinsatz in Strukturen bei den Menschen als echte Lebenshilfe ankommt. Auch spielt die voranschreitende Digitalisierung eine erhebliche Rolle. Jeder und Jede muss Zugang zur digitalen Welt haben. Hier ist uns die Teilhabe besonders wichtig. Insbesondere sehen wir strukturelle Benachteiligungen bei Kindern aus armen Familien, bei Frauen am Arbeitsmarkt und bei Alleinerziehenden. 28 Prozent Armutsquote und 41 Prozent Kinderarmut in unserem Land sind beschämend und auch traurige Armutsbilanz der Regierung. Kinderarmut ist immer Elternarmut: Deshalb wollen wir hier prioritär und ressortübergreifend Bildung, Ausbildung und Arbeit stärker und effizienter fördern, um strukturelle Benachteiligung zu beseitigen. Insbesondere wollen wir Frauen und deren Erwerbstätigkeit stärken, mehr Teilzeit in Vollzeit wandeln durch gute Rahmenbedingungen, wie flexible und auskömmliche Kinderbetreuung. Große Kraftanstrengungen wollen wir für Alleinerziehende aufbringen, für sie ein echtes Aktionsprogramm auf den Weg bringen und umsetzen. Im Fokus dabei müssen stehen: mehr Teilzeit-Ausbildungsplätze, Berufsabschlüsse, bevorzugte Kinderbetreuungsangebote und mehr Unterstützung beim Bezug von Kindesunterhalt.